

## **Antrag**

### **der Fraktionen der CDU/CSU und FDP**

#### **Europapolitik**

In diesen Sommermonaten erleben wieder Millionen von Bürgern der EG-Staaten die Realität der europäischen Freizügigkeit.

Europa muß zu einer politischen Einheit zusammenwachsen. Es muß nach innen und außen seine Kräfte bündeln, statt sich in nationalen Streitigkeiten zu verzetteln. Das wird sein Gewicht international verstärken.

Europa muß eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik erreichen. Nur so kann es innerhalb der Allianz als gleichberechtigter Partner sein volles Gewicht zur Geltung bringen und seinen Beitrag zur Verteidigung der Freiheit sowie Sicherung des Friedens leisten.

Die Empfehlungen des Ad-hoc-Ausschusses für institutionelle Fragen (Dooge-Ausschuß) müssen zügig umgesetzt werden.

Der Bundestag wolle beschließen:

Die Bundesregierung wird aufgefordert, auf dem „Mailänder Gipfel“ am 28./29. Juni 1985 darauf hinzuwirken, daß

1. unwiderrufliche Entscheidungen in Richtung auf eine Europäische Union getroffen werden;
2. die Befugnisse des Europäischen Parlaments bei der Gesetzgebung für Gemeinschaftsmaterien gestärkt bzw. erweitert werden;
3. beim europäischen Einigungsprozeß die Rückkehr zu den Römischen Verträgen sowie die Ausweitung der Mehrheitsentscheidung bis auf begrenzte und genau definierte Ausnahmen erfolgt;
4. eine europäische Forschungs- und Technologiegemeinschaft gebildet wird. Projekte der technologischen Zusammenarbeit sollten auch europäischen Staaten außerhalb der EG offen stehen;
5. insbesondere auf dem Gebiet des Umweltschutzes die Notwendigkeit gemeinschaftlichen Handelns erkannt und gemeinsame Lösungen verwirklicht werden;

6. der europäische Binnenmarkt innerhalb einer bestimmten Frist verwirklicht wird. Der dafür notwendige Abbau der Handelshemmnisse technischer und legislativer Natur muß rechtzeitig vorangetrieben werden, und zwar auch durch Beschlüsse zur Steuerharmonisierung und den Wegfall der Straßennutzungsgebühren;
7. die Harmonisierung des europäischen Rechts verwirklicht wird;
8. eine fest institutionalisierte Zusammenarbeit der Polizei und sonstigen Sicherheitsorganen, die für eine wirksame Bekämpfung der Schwerstkriminalität, des Terrorismus und Drogenhandels unerlässlich ist, geschaffen wird;
9. eine dem Prinzip der sozialen Marktwirtschaft verpflichtete Wirtschafts- und Finanzpolitik in den Mitgliedstaaten gewährleistet ist, damit auf dieser Grundlage das europäische Währungssystem ausgebaut wird;
10. die Arbeitslosigkeit weiter intensiv bekämpft wird und die Gemeinschaft bei Beschlüssen alles unterläßt, was dieses Ziel gefährden könnte;
11. zur näheren Ausgestaltung der in Mailand zu treffenden Grundsatzbeschlüsse eine Regierungskonferenz angestrebt wird, die ein sachlich und zeitlich festgelegtes Mandat erhält.

Bonn, den 26. Juni 1985

**Dr. Dregger, Dr. Waigel und Fraktion  
Mischnick und Fraktion**